

Gemeinsamer Nenner: Rassismus

Kurzcharakteristik rechter Parteien und Gruppierungen zur Bundestagswahl am 22. September

Mathias Wörsching (VVN-BdA Pankow) und der Journalist Theo Schneider (u.a. »Blick nach Rechts« und »Zeit Störungsmelder«) porträtieren für »Unser Blatt« die wichtigsten rechten Gruppierungen – denn in diese Szenerie ist in den letzten Jahren ordentlich Bewegung gekommen.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)



Totgesagte leben länger – nachdem der größten neonazistisch geprägten Partei Deutschlands in den letzten Jahren immer wieder ein Verbot oder das finanzielle Aus prophezeit worden war, nimmt sie auch 2013 wieder an der Bundestagswahl teil. Die NPD ist in allen Bundesländern mit Landeslisten und Direktkandidaten und -kandidatinnen vertreten. Ihr Berliner Landesverband wird seit Anfang 2012 von dem ehemaligen Kameradschaftsaktivisten Sebastian Schmidtke angeführt. Unter ihm hat sich die Berliner NPD noch enger mit dem neonazistischen Spektrum der »Freien Kräfte« und »Autonomen Nationalisten« verzahnt. Der bisher mit vergleichsweise vielen Ständen, Flugblatt-Aktionen und Plakat-Aufhängungen ziemlich intensive Wahlkampf der NPD wird inhaltlich klar von rassistischen Parolen beherrscht. Ob auf »Gute Heimflug«-Plakaten rassistische Karikaturen von Muslimen gezeigt werden oder gegen Sinti und Roma

gehetzt wird – die NPD zeigt nur allzu deutlich, was braunen Geistes Kind sie ist. Besonders intensiv versucht sie, sich die Auseinandersetzungen um die Unterbringung von Flüchtlingen in verschiedenen Berliner Bezirken zunutze zu machen. In diesen Bezirken – Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf und Neukölln – ist der NPD-Wahlkampf besonders wahrnehmbar, denn hier erhoffen sich die Neonazis am meisten Zuspruch aus

rassistisch gestimmten Teilen der Bevölkerung. Aber auch in den anderen Bezirken, in denen die NPD über aktive Strukturen verfügt, wird sie verstärkt auftreten, so in Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick.

»Pro Deutschland«



Die aus Nordrhein-Westfalen (von »Pro Köln« und »Pro NRW«) 2010 nach Berlin importierte rechtspopulistische Kleinpartei unter Manfred Rouhs (früher u.a. NPD, REP) hat es zwar geschafft, einen aktiven Stamm aus ehemaligen NPD-, DVU-, und REP-Parteigängern zu bilden, blieb bei Wahlen jedoch bisher erfolglos. Auch 2013 wird sich dies angesichts all der rechten Konkurrenz von AfD bis NPD kaum ändern, obwohl es der Truppe unter großem Kraftaufwand immerhin gelang, so viele Unterschriften zu sammeln, dass sie in den meisten Bundesländern auf den Stimmzetteln vertreten sein wird. Ob es außer zur Präsenz auf den Stimmzetteln noch zu einem aktiven Wahlkampf der Rechtspopulisten reichen wird, bleibt abzuwarten. Geplant ist eine bundesweite Kundgebungstour mit Station in angeblich 50 Städten. Beginn und Abschluss sind in Berlin geplant. Die Kleinpartei versucht, ohne Wahlprogramm, aber mit Parolen wie »Mehr Bildung – weniger Zuwanderung«, »Mehr Polizei – mehr Sicherheit« und »Raus aus dem Euro«, Stimmung zu machen. Zusätzliche Konkurrenz im Wähler/innen-Segment zwischen NPD und CDU/FDP bekommt »Pro« sogar noch von den mittlerweile völlig bedeutungslosen »Republikanern« (REP), die in Berlin mit einer eigenen Landesliste antreten und auch Plakate aufhängen. Nicht mehr zur Wahl stellt sich hingegen die rechtspopulistische Partei »Die Freiheit«, die im Herbst 2010 mit großem Tam-Tam ins Leben gerufen wurde und mit ihren antimuslimischen und rechtsliberalen Slogans bei den Berliner Wahlen 2011 sang- und klanglos unterging.

Die Rechte



Zusammen mit Funktionären der ehemaligen »Deutschen Volksunion« (DVU), die gegen die Fusion dieser Partei mit der NPD waren, hob der bekannte Neonazi und NPD-Gegner Christian Worch im Mai 2012 »Die Rechte« aus der Taufe. Inhaltlich orientierte sich die Neugründung am Programm der DVU. Aller-

dings entwickelte sich die Partei nach dem Verbot mehrerer NPD-kritischer Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen (z.B. »Nationaler Widerstand Dortmund«) schnell zum Sammelbecken der Mitglieder ebendieser Organisationen, die ihren Tätigkeiten nunmehr mittels des grundgesetzlich geschützten Parteienprivilegs weiter nachgehen können. So hat »Die Rechte« vor allem im Ruhrgebiet ihre aktivsten Strukturen und steht auch nur in NRW und mit einem Direktkandidaten in Hessen zur Bundestagswahl auf dem Stimmzettel. Ihre Motivation dürfte weniger das Sammeln von Wählerstimmen als vielmehr die Absicherung des Parteienstatus sein, der ohne Antritt zu Wahlen gefährdet wäre. Nach eigenen Angaben sind keine Wahlplakate geplant, sondern es soll mit Demonstrationen und Flugblättern Präsenz gezeigt werden.

Identitäre Bewegung



Die »Identitäre Bewegung« ist die deutsche Adaption der rechtsextremen Gruppierung »Bloc identitaire« aus Frankreich, die dem Spektrum der »Neuen Rechten« zuzurechnen ist. Die »Identitären« bezeichnen sich selbst ganz offen als »echte Ethnopluralisten« und streben den »Erhalt unserer ethnokulturellen Identität« an, die ihrer Meinung nach durch »Multikulti, Masseneinwanderung und Islamisierung« bedroht sei. Die Identitären wollen keine Partei, sondern eine aktionistische Bewegung sein. Bisher sind sie in Deutschland aber

vorwiegend im Internet aufgetreten, während sich ihre sonstigen Aktivitäten auf sporadische, provokante Kleinstaktionen und Schmierereien beschränken. Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes werden sie möglicherweise Veranstaltungen demokratischer Parteien zu stören und als Bühne zu missbrauchen versuchen. Inhaltlich vertreten sie einen antimuslimischen Rassismus, hegen ein völkisches Kulturverständnis und schüren Ängste vor einem kulturellen Völkermord (»Ethnozid«) an den Deutschen durch »Überfremdung« und »Multikulti«. In Berlin traten die »Identitären« bisher nur vereinzelt in Erscheinung, so etwa im Rahmen der Proteste gegen eine Unterkunft für Asylbewerber und Asylbewerberinnen in Reinickendorf.

Alternative für Deutschland (AfD)



Die »Alternative für Deutschland« hat sich im Februar 2013 als eurokritische Protestpartei in Berlin gegründet. Sie wird maßgeblich von Akademikern und unzufriedenen ehemaligen CDU-Rechtsaußen geprägt. Im Vergleich zu anderen Parteineugründungen konnte die AfD von Beginn an von einer hohen medialen Beachtung profitieren, doch mittlerweile sinken ihre Umfragewerte wieder. Aus strategischen Gründen vermeidet die neue Partei bisher Konkretisierungen ihres zweiseitigen Wahlprogrammes, um so lange wie möglich nach allen Seiten hin anschlussfähig zu bleiben und keine potenziellen Wähler und Wählerinnen durch innere Grabenkämpfe zu verschrecken. Dennoch wird deutlich, wohin die Reise inhaltlich geht: Einem Leistungschauvinismus à la Sarrazin fol-

gend, plädiert die AfD für die Aufteilung der EU nach wohlhabenden und verarmten Ländern in »separate Währungsverbände« und spaltet auch innenpolitisch die Gesellschaft in »Leistungsträger« und unprofitable Bevölkerungsteile auf. Insofern überrascht es wenig, dass die AfD »strikte Regeln« für »Einwanderung« fordert. Nützliche Ausländer seien willkommen, aber eine »ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden«. Doch nicht nur für unzufriedene Konservative und rechte (Neo-) Liberale will die AfD attraktiv sein, sondern auch für Kreise der extremen Rechten. Regelmäßig geben AfD-Funktionäre der »Jungen Freiheit« Interviews. Diese Zeitschrift, die eine Scharnierfunktion zwischen der extremen und der bürgerlich-gemäßigten Rechten innehat, unterstützt ihrerseits

den Wahlkampf der AfD mit einer wohlwollenden Berichterstattung.

